

## Und den Mut nicht verlieren...

Nun hat uns der Alltag wieder, mit guten und schlechten Seiten. Reden wir von jenen die uns sehr bedrücken.

Ausgerechnet der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der IG Metall ist dabei, das paritätische Rentensystem zu zerschlagen. Angeblich um die Jungen zu entlasten, werden diese in Wahrheit noch mehr belastet. Die Unternehmer profitieren davon. Das ist Umverteilung von unten nach oben.

Ausgerechnet ein sozialdemokratischer *Verteidigungsminister* baut die Bundeswehr zur Eingreiftruppe um, die weltweit in den Kampf geschickt werden soll. Und dies bei einem Grundgesetz, das Bundeswehreinsetze ausdrücklich auf Verteidigung beschränkt.

Weil aus Profitgründen alles mögliche im Kadavermehl landete, haben wir den BSE-Skandal. Niemand weiß, welches Ausmaß er noch annimmt.

Die meisten Parteien im Bundestag sind austauschbar geworden. Die eigentliche Macht im Land liegt bei Konzernen und Banken. Bleiben wir realistisch: Nur ausserparlamentarischer Druck kann etwas verändern.

Die EU schafft sich neben der Nato eine eigene Militärorganisation. Kriege zwischen hochentwickelten kapitalistischen Ländern werden wieder möglich. Sie können, mit ABC-Waffen geführt, das menschliche Leben auf der Erde beenden.

Der Klimagipfel in Las Vegas endete ohne Festlegungen. Die Verseuchung

der Atmosphäre durch die Industrie der hochentwickelten Länder geht weiter. Das Klima ändert sich, das Jahr 2000 war das wärmste des vergangenen Jahrhunderts.

Die Lebenslage der meisten Menschen in den unterentwickelten Ländern hat sich weiter verschlechtert.

Dies alles hat, man muß es aussprechen, seine letzte und tiefste Ursache in der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Dagegen sollten sich die Betroffenen gemeinsam wehren. Der Kampf der Gewerkschaften und aller linken Kräfte bleibt notwendig.

Gegen Kriegsvorbereitungen, gegen Lohn- und Rentenverzicht, für die aktive Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen. Hier wollen wir mitwirken.

Aber auch beim Nachdenken und Streiten für eine neue, bessere Gesellschaft jenseits des Kapitalismus, ohne Arbeitslosigkeit und Kriege, solidarisch und menschlich, mit wirklicher Demokratie und Vergesellschaftung.

Eine solche gerechtere Gesellschaft fängt ganz unten an - bei der Interessenvertretung im Betrieb, in der Kommune.

Engagieren kann man sich natürlich auch bei Wahlen. Am 18. März 2001, zum Beispiel, sollten die Bürgerinnen und Bürger schon darauf achten, daß keine neuen Nazis aufkommen, daß die Rechten eine Abfuhr erhalten.

Viele Hoffnungen und Wünsche von unserer Seite. Bleiben Sie gesund und verlieren Sie nicht den Mut.

Rudi Hechler



## Der ist im Grunde Kommunist



*Wer Kinder liebt, nicht nur die seinen,  
wer Frieden will, nicht nur für sich,  
wer für Recht ist, nicht nur für seines,  
wer Ausbeutung hasst  
und sie bekämpft,  
wer meint, was alle schaffen,  
sollte alle reicher machen,  
wer weiß,  
dass die Welt zu verändern ist:  
Der ist im Grunde Kommunist!*

Artur Troppmann

**Allen unseren Leserinnen  
und Lesern  
wünschen wir ein  
glückliches Jahr 2001.**

**Die „blickpunkt“-Redaktion**

## Kandidatinnen und Kandidaten der DKP/Offene Liste für die Kommunalwahl am 18. März 2001

1. Gerd Schulmeyer, 49 Jahre, Lagerist, DKP
2. Helga Fritz, 37, Betriebswirtin, DKP
3. Angela Kolbe, 21, Studentin, parteilos
4. Björn Doland, 21, Zweiradmechaniker, PDS
5. Hagen Helbig, 40, BMSR-Techniker, PDS
6. Dr. Ute Hechler, 37, Tierärztin, parteilos
7. Rudolf Dötsch, 60, Maschinensetzer, DKP
8. Wolfgang Ebenhöf, 49, Lehrer, PDS
9. Erna Hechler-Schulmeyer, 43, Dipl.Sozialarbeiterin, DKP
10. Sebastiano Rapisarda, 56, Schulhausverwalter, PDS (Italien)
11. Rudi Hechler, 66, Rentner, DKP
12. Thorsten Müller, 23, Verkäufer, DKP
13. Heinz Hechler, 72, Rentner, DKP
14. Karl Fahrbach, 73, Rentner, DKP
15. Ludwig Hechler, 45, Dipl.Ing., DKP
16. Barbara Köhler, 35, Übersetzerin, parteilos
17. Käthe Hechler, 63, Hausfrau, DKP
18. Rainer Haag, 57, Maurer, DKP
19. Willi Hechler, 66, Rentner, DKP
20. Klaus Schulmeyer, 45, Sozialarbeiter, parteilos



*Mag sie auch noch so ästhetisch, abwechslungsreich und architektonisch gelungen bezeichnet werden, sie ist ein Monstrum und zerschneidet das Stadtbild. Die Kosten des Bauwerks werden zu 90% auf die „Nutznießer“ (auch die Alteinwohner) umgelegt. In einem Gutachten wird per Computersimulation „errechnet“, wer wieviel Lärminderung erfährt. Wer mindestens 3 dB(A) entlastet wird, muss zahlen. Wenn die Bescheide rausgehen, wird es nochmals Protest und Unmutsausprägungen geben (aber vor der Wahl werden die Bewohner sicher nicht behelligt).*

*In diesem Zusammenhang ist es völlig unverständlich, dass bei der letzten Stadtverordnetenversammlung von SPD und CDU beschlossen wurde, 100.000 DM in den nächsten Haushalt als Planungsmittel für ein neues Baugebiet „An den alten Wingerten“ - „Schulzengewann“ einzustellen (Siehe Artikel: „Immer so weiter?“, S. 4)*

## Was man wissen sollte

Nach der relativ kurzen Arbeitsphase von zwei Jahren haben Bundesminister seit Oktober vergangenen Jahres bereits einen Pensionsanspruch von gut 3700 Mark, und falls sie bis Ende der Wahlperiode ihr Amt ausüben, können sie bereits mit mehr als 7000 Mark - neben sonstigen Versorgungsleistungen aus früheren Tätigkeiten - rechnen. Wenn beispielsweise Walter Rießer (57), der die Anwartschaften für die künftigen und die Höhe der bereits bestehenden Renten der Normalrentner kürzen will, schon bald seinen Hut nehmen müsste, könnte er dies zumindest finanziell verschmerzen. Von solchen großzügigen Leistungen können Standardrentner nur träumen. Auf exakt 2186 Mark monatlich beläuft sich für den Durchschnittsverdiener seit dem 1. Juli v.J. die Versorgung für den Lebensabend - nach 45 Versicherungsjahren. Ein Bundesminister erhält somit schon nach vierjähriger Amtszeit mehr als das Dreifache. Er zahlt zudem keine eigenen Beiträge zur Finanzierung seiner Altersversorgung und bekommt die Pension nebenbei sogar 13 Mal im Jahr. H.H.



*O glücklich, wer noch hoffen kann,  
aus diesem Meer des Irrtums  
aufzutauchen!*

*J.W.v.Goethe, „Faust“*

## Fehlentscheidung

Vor einem Jahr wurde das Flughafen-Mediationsergebnis vorgestellt. Hier steht dann auch: „Den Mediatoren erscheinen aber die bei der Südbahn erzielbaren Optimierungspotentiale am größten“ und „Die Mediatoren halten die Südvariante auch deshalb weiter für beachtenswert, weil sie mehr als andere Varianten Optionen für eine langfristige und flexible Entwicklung des Flughafens offen hält . . .“. Unterschrieben wurde diese Empfehlung von den Mediatoren Hänsch, Niethammer und Kurt Oeser.

Damals setzte ich das obige Goethe-Zitat an den Anfang eines „blickpunkt“-Beitrags. Im Dezember bekamen nun die drei Mediatoren aus der Hand des Schwarzgeld-Ministerpräsidenten die Wilhelm-Leuschner-Medaille und nahmen sie an. Nix mit der „Hoffnung“.

Am 12. Dezember folgte die letzte Stadtverordnetenversammlung des alten Jahres und endete im Chaos, u.a. weil aus Zeitnot die Tagesordnung nicht zu Ende geführt werden konnte. Ein Grund für die „Zeitnot“ waren zwei lange, z.T. außerordentlich peinliche, Reden von SPD-Stadtvorordneten in denen sie „ihren“ Oeser lobpreisten. Vor allem versuchten sie die Verleihung als Dank für Oesers Lebenswerk umzudeuten.

Schnee von gestern. Oeser hat angenommen. Andere aber nicht. Zur gleichen Zeit lehnte die Sozialdemokratin Rosemarie Reichwein, die 96jährige Witwe des von den Nazis ermordeten SPD - Widerstandskämpfers Adolf Reichwein, eine Auszeichnung aus der Hand dieses Ministerpräsidenten ab.

Nun hat aber Oeser das hinterhältige Koch-Spiel mitgemacht - man kann es nicht nachträglich umbiegen. Bleibt also

nur noch die erneute Hoffnung, daß sich Kurt Oeser vorbehält, bei geeignetem Anlaß Herrn Koch die Medaille zurückzugeben. Da wir im Grunde erst am Anfang der Auseinandersetzungen gegen den erneuten Flughafenausbau stehen, wird es mit Sicherheit solche Gelegenheiten geben. Schau'n mer mal!

Rudi Hechler

Seit vielen Jahren  
erscheint die Sonderseite  
**FLUGHAFEN NEWS**  
im „blickpunkt“

Wir klären auf und helfen  
den Widerstand gegen die  
Ausbaupläne zu entwickeln.

Wir wollen es weiter so halten.

Eine Voraussetzung:  
Die DKP / Offene Liste  
muß wieder ins Stadtparlament.

Nur so kann der „blickpunkt“  
finanziert werden.



*Vor zwanzig Jahren, im Januar 1981,  
hatten wir pro Nacht noch keine 50  
Flugbewegungen. Im vergangenen  
Sommer gab es einmal den Spitzen-  
wert von 200 Nachtflügen.*

*Es heißt, man arbeite daran ein Nacht-  
flugverbot durchzusetzen. Die Men-  
schen, die in der Flughafenregion woh-  
nen, sind hier mehr als skeptisch. Zu  
Recht.*

ANZEIGE

## FORUM ZUR BÜRGERMEISTERWAHL

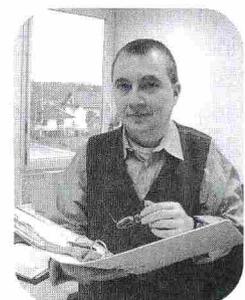
### Die Gesundheit und der Flughafenausbau

mit Ärztinnen und Ärzten verschiedener  
Fachrichtungen

Mittwoch, 17. Januar 2001  
20 Uhr  
Stadthalle Walldorf, Empore

Einlader:

Gerald Breidert, Rechtsanwalt  
unabhängiger Bürgermeisterkandidat



## Immer so weiter?

Kaum ist eine Straße fertig, schon plant man die nächste, kaum ist das eine Wohn- oder Industriegebiet erschlossen, schon denkt man an neue oder Erweiterung. Die Verdichtung der bestehenden Quartiere schreitet untermessen ebenso fort. Andererseits mokiert man sich über zunehmenden Lärm, Verkehrsbelastung, Luftverschmutzung, Enge und Gedränge. Wie passt das zusammen?

Laut jetzigem Flächennutzungsplan ist die Gemarkung „An den Alten Wingeren“ - „Schulzengewann“ (ca. 13 ha im Anschluss an Steinweg Nord bis fast an das Areal der Grünsammelstelle) das einzig noch verfügbare Zuwachsgebiet für Wohnraum. Was aber sind heute zwingende Gründe diese Fläche zu bebauen? Der Flughafen ist doch eher ein Ablehnungsgrund als ein Argument für die rasche Bebauung. Gegenüber der Bahntrasse muss und kann eine Lärmschutzwand errichtet werden; gegenüber dem viel belästigenderen Krach der zunehmenden Starts von der 18 West nicht. Denn man kann schlecht gegen die unzumutbare Lärmquelle tags und nachts per Gericht streiten, wenn man unter diesem Lärmteppich Menschen Wohnraum anbietet. Sicher, da gibt es die Lobby, die Grundstückseigentümer, die mit dem Argu-

## Hat die Betreuende Grundschule Zukunft?

„Die Jugend ist unsere Zukunft“, „Bildung und Ausbildung muss oberste Priorität haben“, derartige Äußerungen hört man oft von Politikern. Alles Sonntagsreden! Die Realität sieht anders aus. Vor ein paar Jahren ging man daran, „Betreuende Klassen“ in den Grundschulen einzurichten. Sie waren nötig, weil entweder alleinerziehende Elternteile oder hinzuverdienende Mütter feste Zeiten brauchen, in denen ihre Kinder in der Schule sind. Da aber „normaler“ Schulbetrieb mit unterschiedlichen Anfangs- und Endzeiten arbeitet und oft genug Schulstunden - etwa durch fehlendes Lehrpersonal - ausfallen, wurden Gruppen eingerichtet, um die Schüler in den „Freistunden“ zu betreuen. Nun hat das Land Hessen eine andere Form der Bezuschussung ausgeheckt. Das bedeutet, dass unsere

ment: Der Flughafenausbau bedeutet eine Wertminderung unserer Grundstücke, einen Bebauungsplan fordern. Sie möchten Grund und Boden lieber heute als morgen versilbern. Gegen dieses Privatinteresse ist vielleicht gar nichts einzuwenden. Aber die Stadt, ihre politischen Vertreter, müssen ans Gemeinwohl denken. Und dieses Gemeinwohl erstreckt sich in der Vergrößerung des Kindergartengeländes, eines Busbahnhofs und Abstellmöglichkeiten für Pkw und Fahrräder. Aber muss man daher 13 ha als Baugebiet öffnen? Allein die Lärmschutzwand entlang der Bahnlinie bringt Unmut, wenn Anwohner von etwa Klingler-Schule bis Bamberger Str. an den Kosten zu tragen haben. Wer die Bürgerversammlungen in Walldorf zum gleichen Thema erlebt hat, weiß, wovon gesprochen wird. Die Schutzwand auf dem Hochdamm ist mach- aber auch vorstellbar? Eine Parlamentsmehrheit aus SPD und CDU hat in der Stadtverordnetenversammlung im Dezember für die Einstellung von 100.000 Mark in den nächsten Haushalt zur Beplanung des neuen Baugebietes gestimmt. Wer die Eigendynamik von Planungen kennt, weiß, dass das Projekt ab einem bestimmten Punkt kaum noch gestoppt werden kann.

Frage: Wie kann man den „Betonköpfen“ Einhalt gebieten? R. D.

Schulen in Zukunft weniger Geld dafür bekommen. Der Kreis als Schulträger will sich ebenfalls aus der Verantwortung stehlen. Er strebt die „Privatisierung“ der Betreuenden Gruppen an. Freie Träger sollen die Aufgabe übernehmen. Konkret heißt das: Das werden für die Betreuer dann Arbeitsverhältnisse für etwa 12,50 Mark/Std. sein. Der Kreistag beschloss am 19. 6.: „Die Trägerschaft des Kreises wird zum 31. 7. 2001 eingestellt.“ Der Beschlusstext für das Stadtparlament: „Auf die Übernahme der Trägerschaft der Betreuungsangebote an Grundschulen wird solange verzichtet, solange der Kreis Schulträger bleibt.“ In einem Schreiben erläutert Brehl, dass es wohl eine Übergangsfrist bis zum Schuljahr 2002/2003 gibt. Und was dann? Zwar lässt sich die Stadt diese schulische Einrichtung schon 250000 Mark jährlich kosten. Doch was ist in Zukunft? Jedenfalls sollen Land und Kreis sich ihrer Verantwortung bewusst sein.

## Engpässe in den Kindergärten

Betriebe, Verwaltungen haben einen um 15% größeren Personalbestand, um Fehlzeiten aus Urlaub, Krankheit, Mutterschaft auszugleichen. Der Bürgermeister erachtete diesen Mehrbedarf in den Kindergärten als zu hoch (Kits kosten Geld und bringen nichts!). Durch sog. kalkulatorische Kosten - Verzinsung des Anlagekapitals und Abschreibung - wird die Kostensituation schaufensterartig künstlich dargestellt. Somit soll doch jeder einsehen, dass gespart werden muss. Bedenke: Gespart wird an unseren Kindern. Der Stadtkindertagesstättenbeirat (Kitabeirat) hat gegen den Brehl'schen Sparbeschluss - Reduzierung der Personalreserve auf 5% - opponiert. Die Stadtverordneten - außer der SPD - taten dies auch. Ein Mehrheitsvotum zur Rückkehr auf die angeführten 15% hat Brehl aber ignoriert nach dem Motto: Der Personalchef bin ich, da lass ich mir nicht dreinreden!

Der Kitabeirat hatte auf der Septembersitzung das Thema auf der Tagesordnung. Der Vorschlag Springerkräfte einzustellen um Engpässe durch Krankheit abzudecken. Brehl konterte: Wenn die Stadtverordneten 50 Mark Beitragserhöhung beschließen, dann bin ich bereit. In der Dezembersitzung wurden die Erzieherinnen wieder vorgestellt, da Schließungen von Betreuungsgruppen vorkämen. Und siehe da, Brehl versprach eine Springerkraft einzustellen. Vorher soll genau aufgelistet werden, wann und in welcher Einrichtung es zu solch drastischen Einschnitten gekommen sei. Es geht auf die Wahl zu! Wir werden den neuen Rathauschef nach der Wahl daran erinnern.

**Die DKP / OL hat sich in den vergangenen Jahren aktiv und erfolgreich für Kindergärten und Schulen eingesetzt.**

**Ohne unser Engagement müßten die Schülerinnen und Schüler heute den Bus zur Bertha-von-Suttner-Schule voll bezahlen.**

**Diese Arbeit wollen wir im Parlament und im „blickpunkt“ fortsetzen.**

## Platz 3 bei Rüstungsexport

Mit der Genehmigung zu Ausfuhren im Wert von etwa sechs Milliarden DM im Jahre 1999 hat die Bundesrepublik Deutschland ihren Platz in der Weltspitze bei Rüstungs- und Kriegswafenausfuhren gefestigt. Platz Drei.

Wurden 1998 Waffen im Wert von effektiv 1,34 Mrd. DM exportiert, waren es 1999 2,84 Milliarden DM.

Die jüngste Meldung lautete: Bundeskanzler Schröder und der spanische Ministerpräsident Aznar hätten darüber gesprochen, wie deutsche LEO II-Panzer doch noch in die Türkei geliefert werden könnten.

Sie sollen in dem spanischen Unternehmen Santa Barbara produziert und dann an Ankara ausgeliefert werden. Deutschland und Spanien würden sich die Gewinne aus dem Milliarden-Deal teilen; die Firma, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt und nach den USA verkauft werden soll, könnte ihre Eigenständigkeit bewahren, und die SPD/Grünen-Bundesregierung bräuchte sich die Hände nicht allzu schmutzig machen.

Dabei geht es weniger um Skrupel angesichts der nach wie vor äußerst kritikwürdigen Menschenrechtslage in der Türkei. Dies hat nicht zuletzt die kürzlich genehmigte Lieferung einer Fabrik zur Herstellung von Gewehrmunition gezeigt. Im Rüstungsexportbericht 1999 firmiert die Türkei als wichtigstes Empfängerland. Der Wert der Rüstungslieferungen betrug knapp 2 Mrd. DM. Es ist also eher der Umfang des jetzt anstehenden Panzergeschäftes, der der Regierung Sorgen macht. Zu sehr würden Anspruch und Wirklichkeit im Regierungshandeln auseinander fallen.

„Rüstungsexporte sind gut“ erklärte die verteidigungspolitische Sprecherin der SPD, Verena Wohlleben. An solche saudummen Sprüche und an die Berliner „Rekorde“ werden wir noch oft erinnern, in dieser Zeitung und im Stadtparlament der nächsten Legislaturperiode. Fest versprochen! rh

## 40 Milliarden DM für den Eurofighter

Zu Turbulenzen kam es am Jahresende im Haushaltsausschuss des Bundestages in Berlin. Der Anlass: Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr. Speziell ging es um den Eurofighter, gegen dessen Produktion sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen einst energisch gewandt hatten.

Der Haushaltsausschuss beschloss am 7. Dezember 2000 mit den Stimmen von SPD und Bündnisgrünen gegen die Stimmen der Opposition den Abschluss eines weiteren Beschaffungsvertrages für das Waffensystem Eurofighter 2000.

Ironie der Geschichte: FDP und CDU/CSU, die zu ihrer Regierungszeit die Entwicklung und Beschaffung des Eurofighters 2000 auf den Weg gebracht hatten, stimmten jetzt gegen dessen qualitative Aufrüstung, weil auch sie keine ausreichenden Entscheidungsgrundlagen dafür vorfanden. Die PDS-Fraktion bekräftigte ihre seit jeher vorhandene Ablehnung des Eurofighters. Die PDS lehnte aus grundsätzlichen verteidigungspolitischen Erwägungen ab, denn es geht um die Interventionsstrategie der Bundeswehr.

Es bleibt für uns alle ein Skandal. Ständig hören wir von den örtlichen Sozialdemokraten es sei kein Geld da. Dann versucht man zu kürzen, in Kindergärten, beim Fahrgeld für Schüler zur Gesamtschule. Da fehlt es hinten und

vorne - aber wann, wann endlich protestieren örtliche Sozialdemokraten und Grüne gegen die unsägliche Berliner Geldverschwendung? Geld für Eurofighter, der dann Uranmunition verschießen kann, an der anschließend die betroffene Bevölkerung und die eigenen Piloten elend zu grunde gehen. Wir sind entschieden gegen den immensen Einsatz öffentlicher Gelder für ein solches Projekt. Der Bundesrechnungshofes ermittelte, dass in nächster Zeit weitere Aufrüstungen in Milliardenhöhe vorgesehen sind. Schließlich wird der Eurofighter 2000 mindestens 6 Milliarden DM teurer als ursprünglich geplant. Alles in allem wird deutlich: Nach jetzigem Stand wird der Eurofighter den Steuerzahlern mindestens an die 40 Milliarden DM kosten!

„Bei der Rüstung kürzen,  
damit die Kommunen  
nicht zu kurz kommen!“  
Wie oft hat die DKP/OL  
diesen Satz im Stadtparlament  
ausgesprochen  
und wie oft wurden wir  
deshalb verspottet.  
Nur wenn man lange  
„dicke Bretter bohrt“  
kann man Erfolg haben.

Diese Arbeit wollen wir im  
Parlament und im  
„blickpunkt“ fortsetzen.



Die Fluglärm-  
Beschwerde-  
Nummer:

0800 - 2345679





## Mut gegen rechte Gewalt

Die ÖTV-Vertrauensleute der Stadt Mörfelden-Walldorf fordern in einer Erklärung Mut gegen rechte Gewalt. Hier heißt es u.a.: „*Alle Demokraten sind gefordert! Antifaschistisches, antirassistisches Engagement in unserem Land ist wichtiger denn je! In den Medien wird berichtet, es wird überall diskutiert, was gegen Neonazismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus zu unternehmen sei. Von allen Seiten werden Appelle laut, Zivilcourage zu zeigen, zahlreiche Gruppen und Organisationen haben sich gebildet oder bestehen seit Jahren. Die ÖTV-Vertrauensleute der Stadt Mörfelden-Walldorf und der Personalrat der Stadtverwaltung wollen ihren Teil dazu beitragen, dass auch in unserer Stadtverwaltung Zeichen gesetzt werden und haben sich deshalb mit einem Brief an alle Kolleginnen und Kollegen gewandt.*“

*Der Bürgermeister unterstützte den Brief am gleichen Tag mit einem eigenen Schreiben.*

## Also, gegen Mehmet, Fatima, Luigi und Dragana habe ich ja nichts, aber . . .

Wer hat diesen Satz noch nicht gehört bei der Familienfeier, im Rathaus, auf dem Bauhof, in der Kita?

Ist es nicht so, dass der ausländische Kollege, die ausländische Nachbarin, die ein Gesicht und einen Namen haben, anders eingeordnet werden, als die „Ausländer“ an sich?.

Der Kreis derer, die sich betroffen fühlen, wenn Asylbewerberunterkünfte brennen, Menschen zu Tode gehetzt oder getreten werden, ist hoffentlich bei uns größer als anderswo. Viele distanzieren sich von dieser Art körperlicher Gewalt.

Wie aber steht es mit Gewalt in der Sprache, im Denken, in politischen Aussagen?

Es darf keine Akzeptanz gegenüber ausländerfeindlichem Verhalten im Alltag und neonazistischen und rassistischen Aussagen und Übergriffen geben.

Vierorts gibt es bereits Initiativen und Gruppen, die sich gegen Neofaschismus und Rassismus engagieren, Sie organisieren unterschiedliche Aktivitäten, Kundgebungen und Demonstrationen gegen Rechtsextremismus.

Daran teilzunehmen, sich diesen Gruppen anzuschließen, ist richtig und wichtig. Damit ist es aber nicht getan. Uns geht es darum, Zeichen gegen den alltäglichen Rassismus ... zu setzen.

Wir erwarten:

Nachdenken darüber, wann wird ein dummer Spruch zu einer rassistischen Äußerung.

Nachdenken darüber, ob uns ein Mensch wegen seines Verhaltens unsympathisch ist, oder ob wir dies auf seine nationale und religiöse Herkunft zurückführen.

Zivilcourage von jedem von uns. Das kann bedeuten, einen Kollegen auf seine rassistische Äußerung aufmerksam zu machen, oder es kann bedeuten, sich gegebenenfalls unbeliebt zu machen, wenn man einer Kollegin ausländerfeindliches Verhalten aufzeigt. Dass Vorgesetzte tätig werden, wenn ihnen ausländerfeindliche oder rassistische Äußerungen und Verhaltensweisen bekannt werden.

Neonazistische Äußerungen und Verhaltensweisen (auch Aufkleber) sind strafbar. In solchen Fällen muss gehandelt werden.

Vertrauensleute und Personalräte werden auf jeden Fall tätig, wenn ihnen rassistisches oder ausländerfeindliches Verhalten bekannt wird.

**Rechte Gewalt beginnt nicht bei Faustschlägen und Fußritten, sondern im Denken und in der Sprache. Wir sind gefordert, uns zu engagieren und einzuschreiten! Mut gegen rechte Gewalt!**

**Es ist wichtig rechtzeitig links zu wählen.**

**Wir sagen welche Rolle die CDU spielt, wir bekämpfen seit vielen Jahren die neuen Nazis unter welchem Namen sie auch auftreten.**

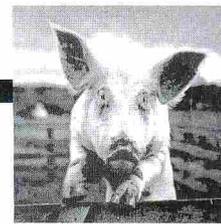
**Diese Arbeit wollen wir in dieser Zeitung und im Parlament fortsetzen.**

**Links wählen zur rechten Zeit**

**DKP**

*Offene Liste*

# „Deutschland hat ein wahnsinnig gutes Horoskop!“



Doppel Denk

... frohlockte Astrologe Winfried Noé vor wenigen Tagen in der Frankfurter Rundschau. Dass, wenn diese Drohung in Erfüllung geht, allen anderen ein wahnsinnig schlechtes Horoskop ins Haus steht, kann man in Geschichtsbüchern und Tageszeitungen nachlesen. Aber auch in Mörfelden-Walldorf wird 2001 einiges geboten.



## JANUAR

Kurt „der Mediator“ kehrt zurück. Im Auftrag der Landesregierung soll er die Wetterau auf den geplanten Flughafen Frankfurt 2 vorbereiten. Die Landesregierung ist „froh, einen echten Profi an Bord zu haben“. „Die Optimierung des Schadstoffproblems ist meine letzte Mission“ so Oeser.

## FEBRUAR

„Blitz-Konferenz“ (taz) zu Klimaerwärmung und Überschwemmungen. Auf Druck von Konferenzleiter Trittin wird das Soforthilfepaket „1-2-3 Schwimmen kann doch jeder“ mit Bojen, farbig bebilderten Schwimmleitungen und dem „Wortschatz der Demokratie“ in die betroffenen Länder gebracht. Kriegsminister Scharping dringt darauf, den „Hilfseinsatz gegen humanitäre Katastrophen militärisch abzusichern.“

## MÄRZ

Ein Skandal bringt den siegessicheren Bürgermeisterkandidaten Winfried Groß (CDU) zu Fall: Um seine Wahlchancen zu erhöhen verteilte er während eines Wahlkampfgottesdienstes BSE-infizierte Wurstkonserven.

## APRIL

An den Ortseingängen sollen überlebensgroße bronzene Brehl-Statuen aufgestellt werden. Mit diesem lange geheim gehaltenen Antrag eröffnet Bürgermeister Brehl die erste Stadtverordnetenversammlung nach der Wahl. Der SPD-Fraktionssprecher Schmitt nennt den Antrag „bemerkenswert“ und bietet an, entsprechende FAG-Gelder zu besorgen.

## MAI

Mit der Drohung, im Mittelmeer zu versinken, reagiert die Insel Mallorca auf den erwarteten Urlaubersansturm im Sommer 2001. Schröder erklärt den Erhalt der Insel zum „nationalen Anliegen“. Aus dem „Krisenstab für Menschenrechtsverletzungen“ bringt Scharping erste Belege für einen „zur begonnenen Durchführung geplanten Völkermord“ bei. Deutsche Tornados brechen noch in der selben Stunde Richtung Tschechien, Polen und Serbien auf.

## JUNI

Gerade noch rechtzeitige Erhöhung der Ozon-Grenzwerte durch Umweltminister Jürgen Trittin. Das ist noch mal gut gegangen.

## JULI

Die Junge Union Mörfelden-Walldorf lädt zum traditionellen „Grillfest der Demokraten“ ein. Es werden besondere Spezialitäten angeboten, z.B. Brötchen mit Zahnbelag. Schade, dass keiner hingeht.

## AUGUST

„Den größten Ausbaucoup der Geschichte als notwendige Optimierung verkauft.“ Mit diesen Worten wird Kurt Oeser das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Da dämmt selbst im Hirn des FR-Schreiberlings W. Schubert: „...die schlimme Vermutung, dass der Öffentlichkeit in Sachen Ausbau Informationen vorenthalten wurden?“

## SEPTEMBER

Bundespräsident Johannes Rau appelliert eindringlich, das Totschlagen von Ausländern und Juden auf das „Niveau von 1999 zu begrenzen“

## OKTOBER

Die GRÜNEN stimmen der Lieferung von Leopard-2 Panzern an die Türkei „guten Gewissens“ zu. In der Begründung der Verteidigungspolitischen Sprecherin Beer heißt es u.a., „...dass die türkische Regierung zugesichert hat, nach Einsätzen der Panzer gegen Kurden und Häftlinge eine Schadensaufstellung an die deutsche Regierung zu mailen. Damit ist dem Mißbrauch der Fahrzeuge von vorneherein jede Grundlage entzogen.“



## NOVEMBER

Neues Testbild beim Südwestfunk.

## DEZEMBER

Gabi Zimmer und Dieter Dehm (beide PDS) kündigen in einem Interview mit der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ eine engere Zusammenarbeit mit den Heimatvertriebenen an. „Wer die Nation den Rechten überlässt schürt Rechtsextremismus.“ so Zimmer. Über den von Dehm ins Spiel gebrachten Namen: „Partei des nationalen Sozialismus“ wird erst 2002 entschieden.

**DKP**

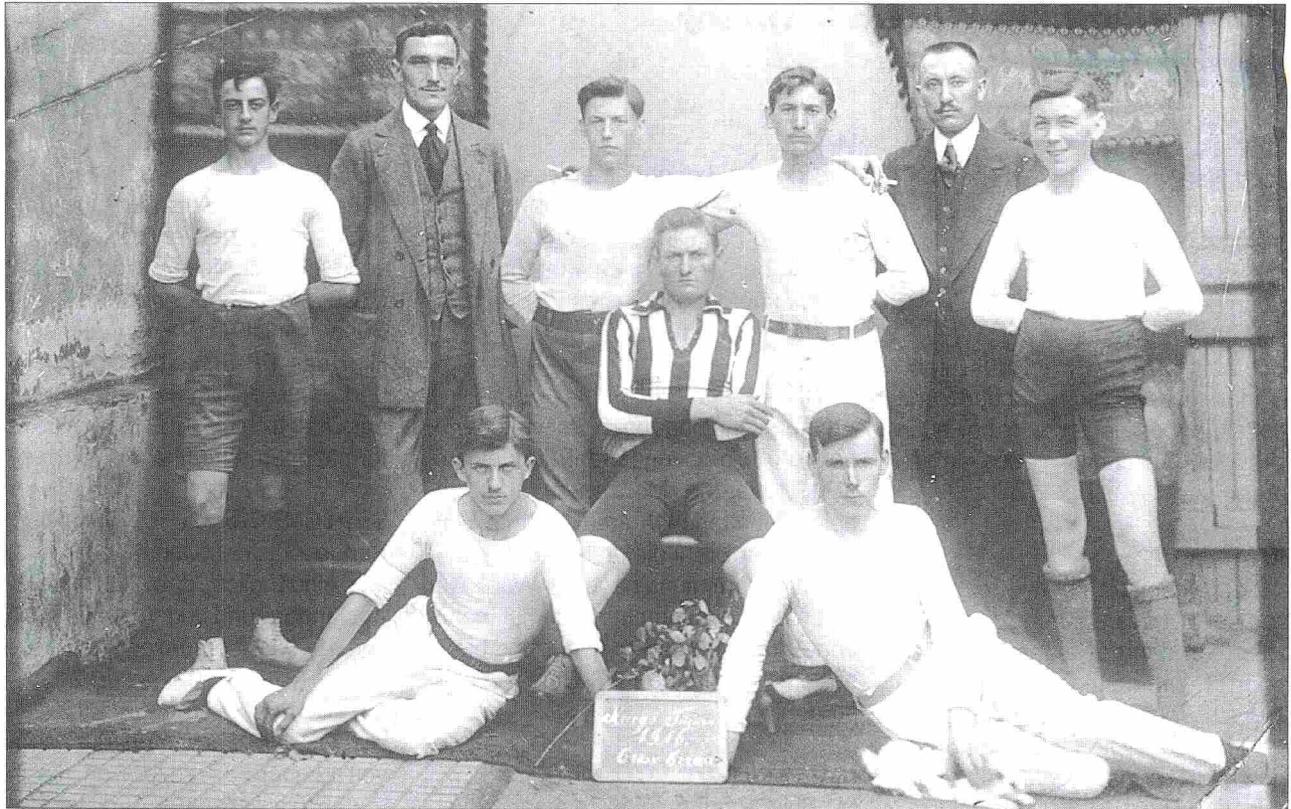
**Jugendinitiative jetzt !**

- Wer möchte...
  - an einer Homepage mitarbeiten ?
  - Jugendlernnachmittage organisieren ?
  - an einer Zeitschrift mitarbeiten ?
  - nicht meckern, sondern handeln ?

Ob jung, ob alt, wir brauchen viele Hände !

Redaktion Doppeldenk, Kontakte über: Angela Kolbe, Heinerweg 14; Florian Bernhard, Ederstr.8; Martin Wilker, Isarstr.33, Mörfelden-Walldorf (doppeldenk@gmx.de) oder die „blickpunkt“-Redaktion

# Stadtgeschichten



In den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatte die Turnbewegung und die Gründung von Vereinen einen enormen Aufschwung zu verzeichnen. Im August 1888 entschlossen sich auch in Walldorf 33 junge Männer zur Gründung eines Turnvereins. Das Turnen war bis Ende des Ersten Weltkrieges reine Männersache. Erst 1919 wurde das Frauenturnen eingeführt und das Kinderturnen auf eine breite Basis gestellt. Aus dem damaligen Turnverein ist im Verlauf von über 100 Jahren - mit gewaltigen Rückschlägen durch die beiden Weltkriege von 1914-1918 und 1939-1945 - die große Sport- und Kulturgemeinschaft 1888 (SKG) Walldorf einschließlich ihrer vielen Sparten geworden. Das heutige Foto, aus dem Archiv der SKG, zeigt eine Gruppe junger Turner des Turnvereins 1888, die an einem Wettbewerb, oder wie auf der Rückseite des Bildes vermerkt ist, an einem Zöglingsturnen, teilnahmen und auf ihrer Schiefertafel stehen vielsagend die Worte: „Kriegs-Turnen 1916, Gross-Gerau“. In einer alten Festschrift des Vereins ist zu dieser Zeit u.a. der Satz vermerkt: „Von den 98 ins Feld gezogenen Turngenossen kehrten 21 nicht zurück. Die Namen der Turner und ihrer Betreuer sind stehend von links: Peter Jourdan („Schuster-Lui-Peter“), Wilhelm Bitsch, Heinrich Jourdan („Bäcker-Wilhelms-Heinrich“), Konrad Becker („Rädels-Konrad“), Jakob Exel, Georg Jourdan („Wagner-Lui-Georg“). Sitzend von links: Wilhelm Jourdan („Bäcker-Wilhelms-Wilhelm“), Jakob Pons („Senerts-Jakob“), Wilhelm Jourdan („Wagner-Lui-Wilhelm“).



**Willkommen auf den Internet-Seiten der DKP Mörfelden-Walldorf**  
[www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de)

Hier kann man unsere Zeitung „blickpunkt“ herunterladen, erfährt einiges über unsere Publikationen, kann Geschichte nachlesen. In Mörfelden-Walldorf sind Kommunisten schon lange im Stadtparlament vertreten. Erfahrungen geben wir gerne weiter. Seit über dreißig Jahren erscheint monatlich der „blickpunkt“, den alle Bürgerinnen und Bürger kennen. Sehen Sie sich die Zeitung an. Gestern und heute waren wir aktiv gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens, man kann es nachlesen, man kann es sich ansehen. Wir haben zahlreiche Bücher und Broschüren über die jüngste Geschichte unserer Stadt veröffentlicht, es gibt Ausarbeitungen über den heimatischen Dialekt. Besuchen Sie diese Seiten.

## Unser Lexikon

### Schbrisch

„Prost Neijohr,  
e Brezzel wie e  
Scheierdoor,  
en Kuche wie e Oweplatt,  
do wern mer all  
minanner satt“